



Die Gemeinschaftsunterkunft in der Rheinfelder Schildgasse soll mit Wohncontainern um 144 Plätze erweitert werden.

FOTO: RALF DORWEILER

# Mehr Plätze für Geflüchtete

Der Landkreis will die Gemeinschaftsunterkunft in Fahrnau reaktivieren und jene in der Rheinfelder Schildgasse erweitern

Von Daniel Gramespacher

**KREIS LÖRRACH.** Der Landkreis Lörrach will seine Gemeinschaftsunterkünfte (GU) für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen von 458 auf 556 Plätze ausbauen. Damit schafft er Kapazitäten, falls wegen einer Corona-Infektion eine GU ganz oder teilweise unter Quarantäne gestellt werden müsste und sorgt vor, falls wieder mehr Flüchtlinge aufgenommen werden müssten. Vorgesehen ist, die GU Schopfheim-Fahrnau zu reaktivieren, die GU Rheinfelden Schildgasse zu erweitern und jene in Rheinfelden-Römerstraße zu schließen.

Die Zuweisungen an den Landkreis Lörrach liegen meist über der Quote, die zwischen 15 und 20 Personen schwankt. So kamen im Januar 24 statt 15 Flüchtlinge, im Februar 20 statt 15, im März 20 statt 12 und im April 34 statt 22. Das hängt mit einem sogenannten Aufnahmedefizit zusammen, erklärt Thomas Vollbrecht, Leiter des Fachbereichs Aufnahme & Integration beim Landratsamt Lörrach. Landkrei-

se, die 2015/16 ihre Quote nicht erfüllt haben, werden jetzt stärker bedient als die übrigen. Daraus errechnet das Land für alle Kreise ein fiktives Defizit, das im Detail auch für Vollbrecht undurchschaubar ist. Auf dem Papier hat der Kreis Lörrach aktuell 107 Leerplätze. Allerdings kann die GU Römerstraße in Rheinfelden, eine ehemalige Tennishalle, nur theoretisch mit 150 Personen belegt werden; praktisch sind es maximal 100, weil sonst der Lärmpegel unzumutbar wäre: Die Holzwände sind statt mit Decken, die der Brandschutz nicht zuließ, nur mit Netzen überspannt.

Das Land Baden-Württemberg fordert denn auch, diese GU bis Ende Sommer zu räumen und ein neues Gesamtkonzept vorzulegen. Und zwar für 50 und mehr Jahre. Das hält der Landkreis für unrealistisch. Er plant, ein Konzept für zehn Jahre zu erarbeiten, steht da aber noch ganz am Anfang. Auch um das Problem Römerstraße zu lösen, hat er mit

dem Regierungspräsidium ein Konzept abgestimmt, das noch im Laufe dieses Jahres umgesetzt werden soll.

Als ersten Schritt hat sich der Schopfheimer Gemeinderat am Montagabend mit einer Reaktivierung der GU Fahrnau befasst. Dort war nach fünf Jahren der Pachtvertrag abgelaufen und der Abbau schon im Gange. Bürgermeister Dirk Harscher schlug Anfang März Landrätin Marion Dammann vor, den Rückbau zu stoppen. Mit Blick auf die Lage an den europäischen Außengrenzen in Griechenland und Türkei wäre es schwer zu vermitteln, wenn eine GU, die jetzt abgebaut wird, womöglich in wenigen Monaten wieder aufgebaut werden müsste, argumentierte er. Dies leuchtete dem Landratsamt ein. Es stimmte sich mit dem Land ab, das sein Okay gab. Dass Fahrnau ein weiteres, maximal zwei weitere Jahre weiterbetrieben werden darf, bedarf noch der Zustimmung des Schopfheimer Gemeinderats. Gab der am Montag (nach Redaktionsschluss) grünes Licht und kann die GU mit 64 Plätzen in Containern vor 30. Juni wieder in den Betrieb gehen, wird Schopfheim in diesem Jahr von der Anschlussunterbringung befreit. Vorgesehen ist, dass Flüchtlinge, die dem Landkreis neu zugewiesen werden, überwiegend nach Fahrnau kommen.

Zweites Element des kurzfristigen Konzeptes ist die Modernisierung und Erweiterung der Rheinfelder GU Schildgasse. Diese 1990 in einfachster Holzständerbauweise errichtete Anlage hatte schon 2005 seine Abnutzungsdauer erreicht. Einem vom Kreis geplanten Ersatz kam der Anstieg der Flüchtlingszahlen ab 2012 in die Quere. Geplant sei nun, diese Häuser mittelfristig abzureißen und vermutlich durch Wohncontainer zu ersetzen, erläutert Vollbrecht. Dazu muss noch mit dem Land als Eigentümer der Häuser verhandelt werden, auch darüber, inwieweit die Kosten für eine Modernisierung erstattet werden. Zudem haben sich mit einer Investition die politischen

Gremien des Landkreises zu befassen. Einstweilen will der Landkreis die Anlage um 144 Plätze erweitern. Sobald ein neuer Mietvertrag – der aktuelle läuft Ende Jahr ab – mit dem Energieversorger Energiedienst als Grundeigentümer unter Dach und Fach ist, sollen vier Wohncontaineranlagen mit je 36 Plätzen angemietet und aufgestellt werden; für deren Finanzierung gibt es eine Teilszusage des Landes. Dorthin können dann die Bewohner der nur wenige hundert Meter entfernten GU Römerstraße umziehen. „Das wollen wir auf jeden Fall 2020 abschließen“, gibt sich Vollbrecht zuversichtlich. Keine Veränderungen sieht das kurzfristige Konzept für die GU Efringen-Kirchen vor. Mit Blick auf das langfristige Konzept prüft das Landratsamt derzeit, ob eine 2023 ablaufende Sondergenehmigung für das Areal dort verlängert werden könnte. Falls nicht, müsste sich der Kreis mittelfristig um einen Ersatzstandort bemühen.

bleiben die Zuweisungen auf dem derzeitigen Niveau, liegt der langfristige Bedarf im Kreis Lörrach bei 400 bis 450 Plätzen. Mit den nach Umsetzung des kurzfristigen Konzeptes verfügbaren 556 Plätzen sieht Vollbrecht die vorläufige Unterbringung im Landkreis gut aufgestellt – vorausgesetzt, es gibt keine Quarantäne in einer GU wegen Corona und die Flüchtlingssituation verschärft sich nicht.



Thomas Vollbrecht

FOTO: LANDRATSAMT LÖRRACH

## HINTERGRUND

### Unterkünfte und Corona

Thomas Vollbrecht ist „heilfroh“, dass es bislang in den GU des Landkreises zwar einige wenige Verdachtsfälle, für die in den GU Räume reserviert sind, aber keinen einzigen positiven Corona-Fall gab. „Das kann sich aber von heute auf morgen ändern“, weiß der Leiter des Fachbereichs Aufnahme & Integration im Lörracher Landratsamt. Dann entscheidet das Gesundheitsamt, ob die GU teilweise oder ganz unter Quarantäne gestellt wird. Letzteres wäre ein echtes Problem, räumt Vollbrecht ein. Dann würde sich die räumlich beengte Situation für die Menschen weiter verschärfen. Flüchtlinge, die in Landeserstaufnahmestellen kommen, werden auf das Coronavirus getestet. Dass sie sich vor dem Wechsel in den

Landkreis oder hier infizieren, ist aber nicht auszuschließen. „100-prozentige Sicherheit gibt es nicht“, sagt Vollbrecht. Um den Zugang zu begrenzen, ließ das Landratsamt die GU schon vor Wochen einzäunen. „Wir sind darauf bedacht, dass die Menschen so wenig wie möglich Kontakt von außen haben.“ Doch auch innerhalb der Einrichtungen ist es nicht einfach, Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten. In der Regel teilen sich zwei bis drei Bewohner ein Zimmer, Küchen werden gemeinsam genutzt. Mehr als mit Informationen in mehreren Sprachen an die Vernunft appellieren, dass etwa nur Zimmereingänge zeitgleich kochen, kann Vollbrechts Team, das die GU reichlich mit Seife und Desinfektionsmitteln ausgestattet habe, nicht: „Wir können nicht stündlich in allen Häusern kontrollieren.“ gra

## INFO

### AKTUELLE BELEGUNG

Gemeinschaftsunterkunft (GU) **Rheinfelden-Schildgasse** (233 Plätze): 196 Personen, GU **Rheinfelden-Römerstraße** (150 Plätze): 87 Personen, GU **Efringen-Kirchen** (115 Plätze): 101 Personen, insgesamt 384 Personen. 28 Personen (12 aus Eritrea, 16 Syrien) gehören zur **Gruppe I** mit guter Bleibeperspektive, 354 Personen oder 92 Prozent zur **Gruppe II** mit unsicherer Bleibeperspektive; zwei Flüchtlinge aus **Gruppe III** haben keine Bleibeperspektive. Von den 384 Personen kommen 56,8 Prozent aus Afrika, hauptsächlich aus Nigeria und Gambia. (Stand: 30. April 2020) gra